

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

Massive Demontage von Lohn, Arbeitsplätzen und Produktion bei OPEL – WAS FÜR EINE „RETTUNG“?

Sie wagen von „Rettung“ zu sprechen: 11.000 Opel-ArbeiterInnen sollen in Europa ihren Arbeitsplatz und damit die Grundlage für ihre soziale Existenz und die ihrer Familien verlieren. Werke sollen geschlossen werden.

2.600 Opel-Kollegen soll in Deutschland der Arbeitsplatz genommen werden, davon 1.800 in Bochum, das ist jeder dritte Opelaner dort. Der Belegschaft und dem Produktionsstandort Bochum wird damit das Rückgrat gebrochen.

Das „Memorandum of Understanding“, d.h. die Vereinbarung zwischen Vertretern der Bundesregierung, von GM, der US-Regierung und Magna sowie von den betroffenen Bundesländern, ist nichts anderes als eine Absichtserklärung.

Weder gibt es eine Garantie für den Erhalt von Arbeitsplätzen noch von Werken.

Laut Bundesregierung ist der eigentliche Vertragsabschluss, der ausdrücklich auch noch die Insolvenz noch vorsehen kann, für September geplant – nach der Bundestagswahl?

Von der Regierung der Großen Koalition wurden 4,5 Milliarden Euro Bürgerschaft für Kredite zugesagt. Eine Garantie für die Arbeitsplätze und Werke dagegen gibt es nicht, da „Arbeitsplatzgarantien gegen EU-Recht verstoßen“!

Tatsächlich hat die Vereinbarung nur eins verbindlich gebracht: Ab sofort läuft, gesichert über den Treuhandvertrag, die „Restrukturierung“ der europäischen Opel- und GM-Werke, d.h. Arbeitsplatz- und Lohnabbau, sowie Produktionsdemontage.

Das aber versetzt die Gewerkschaften erneut in die Zwangssituation, Lohn- und Arbeitsplatzabbau „sozialverträglich“ mit organisieren zu sollen.

So haben gerade die KollegInnen von Mahle und Federal Mogul gestreikt und mit ihrer IG Metall gekämpft gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze. In den jetzt mit der IG Metall getroffenen „Vereinbarungen“ wurden von der Gewerk-

schaft und den Betriebsräten die „sozialverträgliche“ Personalkostenreduzierung, Produktionsabbau und Arbeitsplatzvernichtung erpresst. Das Schicksal für die Beschäftigten wird heißen: nach Kurz-

in unserem Land? Mit dem Kampf um jeden Arbeitsplatz, wie es in dem SPD-Regierungsprogramm, vorgelegt von dem Trio Steinmeier, Steinbrück und Müntefering, beschworen wird?

Dieses SPD-Führungstrio hat mit der Zustimmung zu der Opel-Vereinbarung erneut seine Entschlossenheit unter Beweis gestellt, an seiner Politik der Unterordnung unter das Diktat der Großen Koalition und der EU bis zu Ende festzuhalten.

Gibt es einen anderen Weg, diese Unterwerfung der SPD unter die zerstörerische Politik der Großen Koalition und der EU zu stoppen, als den, dieses Trio, die Steinmeier, Steinbrück und Müntefering, aus der Führungsspitze der SPD zu entfernen?

Muss man den SozialdemokratInnen und GewerkschaftskollegInnen nicht zustimmen, die in einem Offenen Brief an die SPD-Verantwortlichen schreiben:

„Ist es nicht das unabweisbare Gebot für einen SPD-Minister, der Sozialdemokrat sein will, sofort die Initiative zu ergreifen, damit die (...) Regierungsgewalt eingesetzt wird:

– für die staatliche Garantie aller Arbeitsplätze,

– um die Betriebe und das Vermögen unter staatlichen Schutz zu stellen?“

SPD-Verantwortliche, die sich als SozialdemokratInnen der Forderung nach staatlicher Arbeitsplatzgarantie mit dem Verbot von Entlassungen verpflichtet sehen, auf politische Maßnahmen zum Schutz der ArbeitnehmerInnen gegen die Krise, müssen den Bruch mit der Großen Koalition und der EU wagen, um ihrer Verantwortung treu bleiben zu können. Sie werden dafür die Unterstützung der Millionen ArbeitnehmerInnen und ihrer Gewerkschaften haben.

CARLA BOULBOULLÉ



Opel-KollegInnen kämpfen für Erhalt aller Arbeitsplätze und Werke

arbeit über eine Transfersgesellschaft in die Arbeitslosigkeit.

Wie soll das weitergehen? Als nächstes sollen bei den großen Kaufhäusern, bei Karstadt/Quelle und Hertie 10.000e Arbeitsplätze vernichtet werden. Sollen sie ebenfalls „sozialverträglich“ abgebaut werden? Und welcher Betrieb kommt dann? Die Regierung hat für 1,5 Millionen Beschäftigte den Arbeitsplatzverlust in diesem und im nächsten Jahr prognostiziert.

Die Linie, die Kanzlerin Merkel und ihr Wirtschaftsminister Guttenberg im Fall Opel unter dem Diktat der US-Regierung und der EU von Anfang an verfolgt haben, – ob mit oder ohne Insolvenz –, wird von den SPD-Ministern in der Regierung der Großen Koalition abgesehen.

Was aber hat das zu tun mit dem Bekenntnis zur Verteidigung der Industrie